



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Interpellation von Marie-Theres Beeler, Fraktion Grüne:  
Personalpolitik der Institutionen auf der Baselbieter Spitalliste**

**Autor/in:** [Marie-Theres Beeler](#)

**Mitunterzeichnet von:** --

**Eingereicht am:** 13. Februar 2014

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

In den vergangenen Wochen hat die Öffentlichkeit davon Kenntnis genommen, dass am Kantonsspital Baselland Standort Bruderholz die Unzufriedenheit des Personals auf allen Ebenen dramatische Folgen hat. Korrekturen sind angesagt, teilweise wurden sie eingeleitet. So schadet nicht nur der Abgang von Chefärzten dem Spital massiv, sondern auch die Tatsache, dass Vorgaben des Arbeitsgesetzes missachtet worden sind.

Interventionen in Bezug auf die Personalpolitik sind seit der Auslagerung der vormals kantonalen Spitäler nicht mehr Sache des Kantons und damit des Landrates. Was jedoch bleibt ist (neben der finanziellen Sicherheit als Eignerschaft des KSBL) die Verantwortung für faire Arbeitsbedingungen und die Einhaltung der Anforderungen gemäss Spitalgesetz sowie für ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis im Angebot der stationären Leistungen. Diese Verantwortung muss sich jedoch auf alle Institutionen beziehen, die in einem Leistungsauftrag des Kantons auf der kantonalen Spitalliste stehen.

Den Regierungsrat bitte ich um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie überprüft der Kanton, ob die Spitäler auf der Spitalliste arbeitsrechtliche Vorschriften einhalten? Welche Konsequenzen haben Zuwiderhandlungen?
2. In welchen Spitälern auf der Basellandschaftlichen Spitalliste erhalten Ärztinnen und Ärzte Boni für besondere Leistungsmengen?
3. Wie überprüft der Kanton, ob die Spitäler auf der Spitalliste der Verpflichtung nachkommen, eine angemessene Zahl von Angehörigen der Berufe im Gesundheitswesen aus- und weiterzubilden? Welchen Massstab wendet der Regierungsrat an, um Angemessenheit festzustellen?
4. Welche Massnahmen hält der Regierungsrat für realisierbar, um über die Spitalliste auf problematische Entwicklungen im Bereich der Personalpolitik Einfluss zu nehmen?